

## Bericht über die Sitzung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen vom 14.-22. August 1980 in Genf

Die diesjährige Zentralausschuß-Sitzung fand wieder in Genf statt und entbehrte deshalb der mannigfaltigen politischen Einflüsse, die in Jamaika durch die Rede des Premierministers Manley und die gespannte wirtschaftliche und soziale Lage des Inselstaats in die Konferenz hineinstrahlten.

Die Delegierten wohnten in dem modernen orthodoxen Zentrum in Chambésy oder im John-Knox-Center der Reformierten Kirchen oder im weiter entfernten Schloß Bossey, das als ökumenische Ausbildungsstätte des Ökumenischen Rates dient. Einige der Delegierten, insbesondere die Vertreter der Russischen Orthodoxen Kirche, wohnten in Genfer Hotels.

Die Akzente einer solchen Sitzung sind schwer vorauszusehen, doch hinterher relativ leicht zu bestimmen. Diesmal waren es 5 Themen, die die größte Aufmerksamkeit der Delegierten der Mitgliedskirchen fanden:

1. Das Arbeitspapier: Die Kirche und die Armen
2. Die Fortsetzung des Antirassismus-Programms
3. Die Debatte über die Ergebnisse der Bostoner Konferenz „Glaube, Wissenschaft und die Zukunft“ (1979)
4. Die Vorbereitung der nächsten Vollversammlung des ÖRK in Vancouver 1983
5. Die Rede, die Willem A. Visser't Hooft anlässlich seines 80. Geburtstages vor dem Zentralausschuß hielt.

Im Folgenden soll auf diese fünf Schwerpunkte eingegangen und zum Schluß sollen noch einige politische Fragen behandelt werden.

### *I. „Die Kirche und die Armen“*

Der Ökumenische Rat hat seit langem ein besonderes Interesse für das Verhältnis der Kirche zu den Armen und Unterdrückten gehabt, das sich nicht nur im Antirassismus-Programm ausdrückte. Die Tatsache, daß sich im ÖRK die Vertreter von Kirchen der Dritten Welt und der Kirchen der Industrieländer zusammenfinden, hat das Problem der Armut, der Unterdrückung und des Hungers zu einem der Leitthemen werden lassen.

Eine Reihe von Konferenzen wurde abgehalten, deren Ergebnisse Julio de Santa Ana, der Direktor der Entwicklungsabteilung des ÖRK (CCPD) in drei Bänden (Good News to the Poor, 1977, Separation without hope? 1978 und Towards a church of the poor, 1979) herausgegeben hat. Auch die Weltmissionskonferenz in Melbourne, die im Mai 1980 stattfand, hatte dieses Thema ausführlich diskutiert. Es geht darum, „den Kirchen und ihren Mitgliedern zu helfen, ihre Solidarität mit den Armen und Unterdrückten in ihrer Theologie, ihrem Lebensstil und ihren Organisationsstrukturen zu verwirklichen“, wie es die CCPD-Kommission formulierte.

Seitdem unsere Kirchen im 19. Jahrhundert die Arbeiterschaft weitgehend verloren haben, trotz des Widerspruches von Männern wie Bodelschwingh, Friedrich Naumann und Bischof Ketteler, ist wenig in dieser Hinsicht getan worden. Es wird im Rahmen der Diakonie viel *für* die Armen getan, aber was wird mit ihnen getan? Wo sind sie in unseren Gemeindekirchenräten und Synoden? Armut gibt es heute auf mindestens zwei Ebenen: Auf internationaler Ebene sehen wir die Kluft zwischen armen und reichen Nationen, und auf nationaler Ebene gibt es in allen Ländern, reichen und armen, denselben Abstand, der Arm und Reich trennt.

Armut hat es schon immer gegeben, aber die rasche Entwicklung von Technik und Wissenschaft hat es einerseits möglich gemacht, jedem Menschen seine Grundbedürfnisse zu erfüllen, andererseits eben das verhindert, indem sie einem Überkonsum auf der einen Seite einen Unterkonsum auf der anderen Seite gegenüberstellt. Dem Rüstungswettlauf kommt hier eine besonders fatale Rolle zu, indem er die verfügbaren Gelder „verpulvert“. Eine Reihe von konkreten Vorschlägen wurde gemacht, die in der Ökumenischen Rundschau bereits veröffentlicht wurden (vgl. 29. Jg. Heft 3 (1980) S. 392-395). Auf dem Zentralausschuß war natürlich keine Gelegenheit, das Papier ausführlich zu diskutieren, doch wurde, nachdem der Kameruner Aron Tolen das Papier vorgestellt hatte, dem holländischen Wirtschaftswissenschaftler Prof. Harry de Lange und dem indischen Metropoliten Geevarghese Mar Osthathios Gelegenheit gegeben, dazu Stellung zu nehmen.

De Lange forderte in seinem Beitrag zu größerer Differenzierung auf, da man zwischen Armen und Unterdrückten unterscheiden müsse, denn nicht alle Armen seien unterdrückt und nicht alle Unterdrückten arm. Auch die Art der Unterdrückung sei von Gesellschaft zu Gesellschaft verschieden. Er empfahl, sich zunächst auf die Armen im materiellen Sinne zu konzentrieren, diejenigen, die ihre Grundbedürfnisse: Nahrung, Unterkunft, Ausbildung, Gesundheitsversorgung, nicht erfüllen könnten. Weiterhin wandte er sich dagegen, daß in einem Teil der Papiere der Grund des Übels allein in der freien Marktwirtschaft gesucht werde.

Sozial kontrollierte Marktwirtschaft, wie sie in vielen europäischen Ländern existiert, ist nicht weniger fähig, diese Probleme aufzugreifen wie sozialistische Systeme. Viele Probleme sind bisher weder von dem einen noch von dem anderen System befriedigend gelöst worden. Eine Ökonomie des Genügenden, die sich der Ökonomie des Mangels und der Ökonomie des Überflusses entgegensetzt, muß nach Ansicht de Langes noch entwickelt werden. De Lange wies auch auf die Schwierigkeiten hin, eine selbstzufriedene Bevölkerung dazu zu bringen, ihren fernen Nachbarn unter Opfern zu helfen. Es muß klar gemacht werden können, daß sie langfristig selbst davon profitieren, denn „was moralisch gut für den einen ist, kann nicht schlecht für den anderen sein“.

Ganz anders argumentierte der belesene indische Metropolit Osthathios. Er wies auf die Ergebnislosigkeit aller bisherigen Bemühungen hin, das wachsende Elend einzudämmen. „Das Versagen der Kirche besteht darin, daß sie von Caritas, Paternalismus, Klassenbewußtsein ohne angewandte Brüderlichkeit besessen ist und es nicht wagt, offen zu sagen, daß der Reichtum Gottes — materiell und spirituell — für alle seine Kinder da ist.“ Er wies darauf hin, daß die Propheten des Alten Testaments und die Kirchenväter wie Basilius oft in Armut lebten und gegen Ausbeutung durch die Reichen kämpften. „Strukturelle Armut ist entwürdigend, während freiwillige Armut ehrt.“ Osthathios zitierte den russischen Philosophen Berdjajew, der

im Einklang mit christlicher Soziallehre die soziale Verpflichtung des Eigentums betonte, und rief zu einem „Programm gegen die Ausbeutung“ (PCE) auf, das die Ausbeutung durch Individuen, Regierungen, Kirchen und transnationale Konzerne bekämpfen sollte, indem es massiven Widerstand der Armen unterstützt und organisiert. Hier berief er sich auf die in Indien immer noch lebendige Tradition Mahatma Gandhis. Aber auch Jürgen Moltmanns Theologie der Hoffnung nutzte er als Grundlage für einen kühnen Versuch, zum Kampf gegen die Armut nicht durch fromme Reden, sondern durch Verzicht und passiven Widerstand aufzurufen.

Die bedächtige Rede des holländischen Wissenschaftlers kontrastierte auffallend zu dem leidenschaftlichen Appell des indischen Bischofs. Beide waren sich im Ziel einig, aber über die Wege wird man sich noch lange streiten. Doch während des Streits sollte man vieles praktisch erproben, denn nur die Erfahrung des Miteinanderredens und -teilens ermöglicht Veränderungen.

## *II. Das Antirassismus-Programm (PCR)*

Die Vollversammlung in Nairobi hatte einen großen Konsultationsprozeß eingeleitet, der Kritikern und Verteidigern des Programms Gelegenheit geben sollte, das Programm zu evaluieren. Letzten Endes ist eine Bekräftigung des Programms herausgekommen, was angesichts des Erfolgs der vom PCR unterstützten Befreiungsbewegungen in Mozambique, Guinea-Bissau, Angola und vor allem Zimbabwe nicht verwunderlich ist.

Das Antirassismus-Programm unterstützt weiterhin humanitär auch Befreiungsbewegungen, die Gegengewalt gegen unterdrückerische Regime anwenden, ohne diese Gewalt gutzuheissen. Das Problem der Gegengewalt als ultima ratio blieb ungelöst, und ein Antrag des englischen Baptisten Dr. Russell, das Gewaltproblem im ÖRK weiterzudiskutieren, wurde vom Zentralausschuß mit Mehrheit angenommen.

Die Leitung der EKD wird mit diesem Beschluß leben müssen. Es wird so bleiben wie bisher: Die EKD wird keine Kirchensteuermittel an den Fonds geben, aber weiterhin den Armen und Unterdrückten dieser Welt zu helfen versuchen; so hat sie fast 5 Mill. DM in den letzten Jahren an Indio-Gruppen, die um ihre Gleichberechtigung kämpfen, vergeben.

Viele Glieder der EKD werden weiterhin Beiträge für den Fonds sammeln und leisten, so daß die deutschen Beiträge nach wie vor an dritter oder zweiter Stelle in der Spendenliste des Fonds stehen. Wir müssen einfach offen zugeben, daß, wie es der afro-amerikanische Delegierte McCloud formulierte, wir „nicht ohne Bedenken für oder gegen den Fonds“ stimmen. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß, worauf englische, irische und deutsche Delegierte hinwiesen, auf der europäischen Konsultation in Amsterdam die Kritiker nicht so zu Worte kamen, wie sie es gewollt und verdient hätten. Auch wenn sie mehr Redezeit gehabt hätten, wäre das Ergebnis nicht anders.

Wilhelm Tell, Andreas Hofer und die Männer des 20. Juli 1944 sind Teil unserer Geschichte und Kultur wie Friedrich II. von Preußen, Maria Theresia von Österreich, Napoleon und Adolf Hitler.

Direkt darf die Kirche als Institution niemals Gewalt unterstützen, aber sie wird es nicht vermeiden können, sie indirekt zu unterstützen und Christen in beiden Lagen finden. Diese Diskussion wird weitergehen.

### III. „Glaube, Wissenschaft und die Zukunft“

Paul Abrecht, dieser bemerkenswerte Mann der ersten Stunde der Ökumene, der seit 30 Jahren unermüdlich versucht, Brücken zwischen Kirche und Wissenschaft zu bauen, hat mit einem Minimum an Geld und Personal 1979 die große Konferenz „Glaube, Wissenschaft und die Zukunft“ organisiert, die 1979 in Boston im Massachusetts Institute of Technology (MIT) stattfand und deren Ergebnisse jetzt in zwei Bänden unter dem Titel „Faith and Science in an unjust world“ veröffentlicht wurden. Zwei Wissenschaftler, die an dieser Konferenz teilgenommen hatten, trugen dem Zentralausschuß ihre Gedanken, Eindrücke und Forderungen in zwei bewundernswert kurzen und klaren Referaten vor. Prof. Dr. King, ein amerikanischer Mikrobiologe, wies auf die alarmierende Entwicklung der Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften hin, die dazu führte, daß etwa die Hälfte aller Wissenschaftler direkt oder indirekt für die Rüstungsindustrie arbeitet. Er führte weiterhin aus, daß die Länder der Dritten Welt hilflos dem Ansturm moderner Technologie von multinationalen oder anderen Großorganisationen ausgeliefert sind, ohne daß die Auswirkungen auf das soziale und ökologische System auch nur annähernd so gut erforscht sind wie in den Industrieländern, wo man trotzdem Tag für Tag auf neue Wissenslücken stößt. Leidenschaftlich setzte er sich dafür ein, daß die Kirchen ihre Distanz zu den Naturwissenschaften aufgeben und den Wissenschaftlern, die oft vor ethischen Problemen stehen, die sie alleine nicht lösen können, Gelegenheit geben, über diese Fragen zu diskutieren und neue Wege zu finden, die unheilvollen Folgen einer manipulierten Wissenschaft zu erkennen und zu bekämpfen.

Die Nigerianerin Prof. Dr. Enilo Ajakaiye ging auf die besonderen Probleme ein, die sich den Wissenschaftlern in der Dritten Welt stellen. Sie klagte die Kumulation technischen und wissenschaftlichen Wissens in den Industrieländern an und zitierte die Erklärung der Bostoner Konferenz: „Wir verurteilen, daß die hochtechnisierten Industriegesellschaften Wissenschaft und Technik dazu eingesetzt haben und auch weiter einsetzen, ihre militärischen und wirtschaftlichen Interessen zu verfolgen, wodurch sie großes Leid über die Völker der Dritten Welt gebracht haben. Dabei bedienen sie sich des ideologischen Deckmantels der Sachlichkeit und wertfreien Wahrheitssuche.“

Frau Ajakaiye verlangte ein Wissenschaftskonzept, das nur durch eine bessere Zusammenarbeit zwischen Naturwissenschaftlern und Sozialwissenschaftlern und Planern und die Einbeziehung der Kirchen und anderer Gruppen, die das Gesamtinteresse der Menschheit im Auge haben, entwickelt werden kann. Ebenso wie bei dem Dokument über die Kirchen und die Armen konnte der Zentralausschuß diese drängenden Fragen nicht ausführlich diskutieren, aber es war offensichtlich, daß alle Teilnehmer von diesen Überlegungen betroffen waren. Auch für die Bundesrepublik stellt sich die Frage, wie die Kirchen ihre Zusammenarbeit mit Organisationen wie der „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler“, die sich mit diesen Fragen beschäftigt, intensivieren kann.

### IV. Die Vorbereitung der nächsten Vollversammlung in Vancouver 1983

Einen breiten Raum nahm leider die Debatte über das Thema der nächsten Vollversammlung ein, das schließlich nach endlosen Debatten „Jesus Christus — das

Leben der Welt“ formuliert wurde. Den meisten Laien im Zentralausschuß waren die theologischen Spitzfindigkeiten unverständlich, und sie fragten sich, ob überhaupt ein Thema notwendig sei, da die Vollversammlung sich ohnehin mit den Themen des ÖRK beschäftigen müsse, also z. B. mit der Frage nach dem Verhältnis der Kirchen zu den Armen und Unterdrückten, zu Wissenschaft und Technik und den anderen Kirchen und Religionen. Interessanter war der Beschluß, bis Ende 1981 alle Programme des ÖRK abzuwickeln, soweit sie nicht aus sachlichen Gründen weitergeführt werden müssen, um dann einen Dialog mit den Mitgliedskirchen zu beginnen, der durch Reisen des Stabes, aber auch durch bilaterale Kontakte die Basis des ÖRK in die Arbeit einbeziehen soll. Keine neuen Programme will man also, sondern die Konsolidierung der neuen Arbeit.

In diesem Zusammenhang ist allerdings ein trauriges Faktum zu vermelden. SO-PEDAX, das einzige Gremium, das sich kontinuierlich als „Entwicklungs-Kommission“ des ÖRK und des Vatikans mit den Fragen der Beziehungen der Industrieländer zur Dritten Welt befaßte und von dem katholischen Pater Lucal und dem protestantischen Pfarrer Tschuy geleitet wurde, wird 1980 seine Arbeit beenden. Die im Vatikan zuständige Justitia et Pax-Kommission hatte zunehmend ihr Interesse an dieser Arbeit verloren, und auch der Ökumenische Rat setzt sich nicht mit dem Engagement dafür ein, das man erhofft hatte. Es wurde beschlossen, ein Stabsmitglied zu beauftragen, die Kontakte weiter zu pflegen und, von den guten Erfahrungen der „Gemeinsamen Kommission Kirche und Entwicklung“ in der Bundesrepublik ausgehend, eine breitere Fundierung anzustreben, die die Geberorganisationen kirchlicher Entwicklungshilfe wie Caritas Internationalis und CICE einbeziehen. Dieser Gedanke sollte vor allem von der EKD in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bischofskonferenz aufgegriffen und verfolgt werden. Die Verstärkung der ökumenischen Zusammenarbeit zwischen katholischer Kirche und evangelischen Kirchen braucht nun entscheidende Impulse von der Basis, da die obersten Instanzen allzu unbeweglich zu werden scheinen.

#### *V. Die Ökumene und Willem A. Visser't Hooft*

Der große alte Mann der Ökumene, W.A. Visser't Hooft, nahm die Gelegenheit seines bevorstehenden 80. Geburtstages wahr, in diesem Augenblick scheinbaren Stillstands der ökumenischen Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche, auf die 60 Jahre zurückzublicken, in denen nun der Ökumenische Rat besteht. Die zierliche, weißhaarige Gestalt am Rednerpult ließ manchen fürchten, ob er überhaupt in der Lage sein würde mit seiner leicht heiseren, mitunter zu versägen drohenden Stimme, sein Referat zu halten. Aber die Klarheit seiner Gedanken und die kluge Einschätzung der gegenwärtigen Situation ließ manchen wünschen, daß es mehr solche Reden und solche Menschen im Zentralausschuß geben möge.

Der Hauptpunkt seiner Ansprache war die Überzeugung, daß der ÖRK seine Identität verlieren würde, wenn er nicht weiter auf der *ganzen* Kirche, der *ganzen* Welt und dem *ganzen* Evangelium bestehen würde. Die Schwierigkeiten mit der katholischen Kirche, der neue Dialog mit den Wissenschaften, die Auseinandersetzung mit der Frage nach den Armen und Unterdrückten dieser Welt zeigen, daß diese drei Ziele nicht aus den Augen verloren werden. Doch die Unruhe der Basis über die

quälende Langsamkeit dieser Prozesse zeigt, daß der Ökumenische Rat noch nicht die richtige Form gefunden hat, diese Ziele zu verfolgen.

Aber viele fragen, ob der ÖRK noch das ganze Evangelium verkündet, ob er nicht das „social gospel“ allzu sehr in den Vordergrund stellt. Visser't Hooft griff diese Frage am Schluß seiner Ansprache auf, indem er seinen eigenen Ausspruch, den er in Uppsala formulierte, ergänzte. Damals sagte er: „Es muß klar sein, daß Mitglieder unserer Kirchen, die ihre Verantwortung für die Bedürftigen in irgendeinem Teil der Welt verweigern, ebenso der Häresie schuldig sind wie diejenigen, die diesen oder jenen Glaubensartikel ablehnen.“ Diesen Satz ergänzte er durch den Satz: „Mitglieder der Kirche, die es abstreiten, daß Gott den Menschen in Christus mit sich versöhnt hat, sind der Häresie ebenso schuldig wie diejenigen, die sich weigern, am Kampf um Gerechtigkeit und Freiheit in der Welt teilzunehmen, und die nichts tun, um ihren Brüdern, die in Not geraten sind, zu helfen.“ Philip Potter, der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, dessen Amtszeit bis zum Jahre 1985 von dem Zentralausschuß bestätigt wurde, führte Visser't Hooft mit herzlichen und dankbaren Worten ein und wird in dieser fairen Ansprache seines Vorgängers manchen Stoff zum Nachdenken gefunden haben, zumal er selbst in seinem Bericht an den Zentralausschuß „Koinonia“, christliche Gemeinschaft, zum Hauptthema machte.

#### *VI. Politische Stellungnahmen des Zentralausschusses*

Unter „Public Issues“ werden die Erklärungen des Ökumenischen Rates verhandelt, die zu aktuellen politischen Fragen Stellung nehmen. Es gibt viele Zentralausschußmitglieder, die es sehr begrüßen würden, wenn weniger und seltener Stellung genommen würde, doch der Wunsch einzelner Kirchen und Organisationen nach öffentlicher Unterstützung in aktuellen Krisen ist so groß, daß diese problematische Tradition des ÖRK auch diesmal fortgesetzt wurde. Verständlicherweise sind es gerade diese Erklärungen, die die säkulare Presse interessieren und es für manche Journalisten überhaupt lohnend machen, an den langwierigen Verhandlungen des Zentralausschusses teilzunehmen.

Diesmal wurde wieder einmal ohnmächtig zur repressiven Politik der südafrikanischen Regierung Stellung genommen, aber auch zur Jerusalem-Entscheidung der israelischen Regierung, die ebenso die arabischen Christen betrifft wie die arabischen Muslime. Es ist kein Zweifel, daß dieser Beschluß der Regierung Begin zu den unglücklichsten Entscheidungen gehört, die in Israel in letzter Zeit getroffen wurden. Zur Religionsfreiheit wurde ein ausgewogener Beschluß gefaßt, aber zu den Menschenrechten leider wenig gesagt. Überraschend war es, daß der Zentralausschuß, mit knapper Mehrheit einer Anregung der Bostoner Konferenz folgend, für ein fünfjähriges Moratorium des Baus von Atomkraftwerken zustimmte, um Gelegenheit zu geben, darüber gründlich und ausführlich zu diskutieren. Es war ein Brasilianer, Manuel de Mello, der darauf hinwies, daß sein Land sich kostspielige Atomkraftwerke aus der Bundesrepublik angeschafft habe, obwohl es genügend Energiequellen habe, um sich weit über das Jahr 2000 hinaus zu versorgen. Andere Mitglieder aus Afrika und Asien waren unsicherer in der Beurteilung und befürchteten teilweise, daß ein Moratorium die Atom-Supermächte begünstige und die atomaren Habenichtse benachteilige.

Zu einem Eklat kam es, als es darum ging, den Beschluß des Exekutivausschusses zu bekräftigen, der unter dem Titel „Bedrohungen des Friedens“ u. a. den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan kritisierte. Die Delegation der Russischen Orthodoxen Kirche versuchte das zu verhindern, doch kam schließlich ein Kompromiß heraus, ebenso wie in einer Erklärung, die die Atomrüstung der Großmächte kritisierte. Der Frieden im Zentralauschuß war gerettet, aber es war bereits jetzt zu sehen, daß die russisch-orthodoxe Delegation nicht mehr mit der Zurückhaltung der westlichen Kirchen und der Solidarität der Kirchen der Dritten Welt rechnen kann, wie sie es bisher konnte. Auch die russisch-orthodoxe Delegation mußte sich nun damit abfinden, überstimmt zu werden, da ihre Sonderstellung mehr und mehr abgebaut wird und sie ebenso behandelt wird wie andere Mitgliedskirchen. Entwicklungspolitisch wichtig ist eine Entschließung zur Welternährungssituation. Darin werden die Kirchen aufgefordert, nicht nur weiterhin in Katastrophensituationen zu helfen, sondern sich auch mit den komplizierten ökonomischen und politischen Fragen der Nahrungsmittelversorgung zu befassen. Der ÖRK „sieht ernste Gefahren in dem Gebrauch von Nahrungsmitteln als politische Waffe, in der Patentierung von Saatgutarten und landwirtschaftlichen Produktionsmethoden durch private Firmen und dem Einsatz von Nahrungsprodukten als alternative Energiequellen.“ Die Bundesregierung sollte mit Aufmerksamkeit die wachsende Kritik verfolgen, die aus den Ländern der Dritten Welt gegen die Landwirtschaftspolitik der EG, die Saumseligkeit, die von der FAO bereits 1974 geforderte Nahrungsmittelreserve von 10 Mill. t zu erfüllen, und die Tätigkeit der internationalen Agrarkonzerne kommt. Die Kirchen werden aufgefordert, die Politik ihrer Regierungen, zwischenstaatlichen Organisationen und transnationaler Konzerne genau zu beobachten, die Ergebnisse miteinander zu vergleichen, um geeignete Aktionen zu planen. Hier beginnt eine neue Aktivität des Ökumenischen Rates, die man ernst nehmen sollte.

Alles in allem war diese Zentralauschuß-Sitzung sehr viel ruhiger und entspannter als die Sitzung in Jamaika. Dazu trugen die gut besuchten Morgenandachten bei und der großartige Gottesdienst, der der Neuausgabe von Cantate Domino und der Frau des Generalsekretärs, Doreen Potter, gewidmet war, die so begeistert und kreativ an diesem Gesangbuch mitgearbeitet hatte und in diesem Jahre so tragisch einem Krebsleiden erlag.

Nicht die nun sich konsolidierenden Finanzen des ÖRK, nicht die Querelen um Verlängerungen der Amtszeit von Stabsmitgliedern standen im Vordergrund, sondern der Wille, verhärtete nationale und konfessionelle Fronten zu überwinden und sich den großen Fragen unserer zerrissenen und technisierten, die Natur bedrohenden Welt zu stellen.

*Gerhard Grohs*